

Aktuelle Debatte "Den Knoten durchschlagen: Sachsens Staatswesen effizienter, wirkungsvoller und moderner gestalten.", 04.12.2025

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich gebe zu, das Bild vom durchzuhauenden Knoten irritiert mich ein kleines bisschen, denn der berühmte gordische Knoten wurde ja nicht gelöst. Er wurde einfach mit dem Schwert zerteilt, ein kraftvoller, aber doch ziemlich grober und disruptiver Akt.

Der Knoten, den wir im Staatswesen Sachsens allerdings vor uns haben, ist anders. Er ist ein Knäuel gewachsener Strukturen, neuen Herausforderungen und alten politischen Hausaufgaben. Den kann man nicht einfach durchhauen, den muss man systematisch entwirren.

Und damit stehen wir vor der zentralen Frage, wie soll der sächsische Staat in 10 oder 20 Jahren aussehen und wem soll er dienen? Diese Frage wurde schon früher gestellt, aber nur zögerlich beantwortet. Jetzt aber duldet sie keinen Aufschub mehr, denn unser Staat gerät mit den Strukturen von gestern an die Grenzen der Herausforderungen von morgen.

Die demografische Entwicklung trifft uns hart. Weniger junge Menschen, weniger Fachkräfte, perspektivisch weniger Einnahmen. Wir müssen, ob wir das gut finden oder nicht, perspektivisch mit weniger Personal auskommen. Der Staat muss also mit weniger Ressourcen seine Aufgaben erfüllen. Ohne Modernisierung wird der Staat handlungsunfähig. Das darf nicht passieren.

Wir wissen, die Staatsregierung hat eine Vielzahl an sehr konkreten Prozessen eingeleitet, die uns diesem Ziel näher bringen sollen. Ich möchte deutlich machen, auf was es für uns als SPD in diesem Projekt der Koalition ankommt.

Unter drei Bedingungen gelingt diese Modernisierung aus sozialdemokratischer Sicht.

Erstens, Aufgabenkritik, aber richtig. Für uns ist klar, Staatsmodernisierung beginnt mit einer ernst gemeinten und gut gemachten Aufgabenkritik. Das war eine der wichtigsten Lehren aus der Funktional- und Verwaltungsreform und dem Kürzungshammer 2010 bis 2014. Den Irrglauben, alles muss mit weniger Personal schneller gehen, haben inzwischen hoffentlich alle vernünftigen Akteure abgelegt. Heute stellen wir die Frage, welche Aufgaben will und soll der Staat wirklich erfüllen und wie gut kann er das heute?

Aufgabenkritik und Reduzierung ist die logische Fortsetzung der Bestandsaufnahme und Analyse des Personalbestands im Freistaat. Das muss eine kompetente und wirksame Stelle machen und das ist für uns die Strategiekommision Organisation und Personal. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag verankert. Dort läuft sozusagen der Prozess der Aufgabenkritik. Insofern nehme ich mal die Vorschläge des Kollegen Vogt als Vorschläge der CDU-Fraktion, über die natürlich noch diskutiert wird, aber die schon sehr konkret waren. Für echte Reformen und eine wirksame Steuerung braucht es daher mehr Kapazitäten in der Strategiekommision, fachlich, organisatorisch, personell.

Zweitens, gute Arbeit für gute Verwaltung. Das ist entscheidend. Ohne oder gegen die Bediensteten gelingt keine Modernisierung. Wir können Prozesse modernisieren und Strukturen verändern, aber entscheidend ist, dass die Menschen in unseren Behörden gut ausgebildet, motiviert und handlungsfähig sind, und das ist für uns auch zentral.

Darum brauchen wir eine verstetigte Aus- und Fortbildungsoffensive, gerade wenn der Nachwuchs knapp wird. Wir brauchen langfristige Personalstrategien in Landes- und Kommunalverwaltungen, nicht von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr. Das bedingt einen Ausbau der Hochschule Meißen, inklusive des Studiengangs digitaler Verwaltung, denn dort entscheiden wir, ob wir den digitalen Staat überhaupt betreiben können, und ein starkes und mit Personal und Mandat ausgestattetes Sächsisches Institut für Verwaltungsinnovation, das SIVM, das Innovation in die Fläche bringt und die Verwaltungsreformen wissenschaftlich begleiten kann.

All das gelingt nur, wenn wir die Beschäftigten als Partner behandeln. Deshalb ist die AG der Hauptpersonalräte für uns unverzichtbar als Brücke in die Praxis und Garant dafür, dass die Reformen realistisch umsetzbar sind.

Unverzichtbar ist für uns auch der dritte Punkt. Staatsmodernisierung ist Demokratiegestaltung und nicht Sparprogramm. Mit einem sich stetig modernisierenden Staat sichern wir doch den Kern unserer sozialen Demokratie, den Schutz der Schwächeren, verlässliche öffentliche Strukturen für alle und echte Teilhabe.

Statt eines blinden Spardiktats muss es darum gehen, den Staat handlungsfähig zu halten, gerade für diejenigen, die ihn brauchen. Das erfordert eine ehrliche Prioritätensetzung. Wir können nicht jede Aufgabe dauerhaft auf hohem Niveau erfüllen. Wir müssen entscheiden, was unverzichtbar ist. Gute Schulen, digitale Infrastruktur, sozialer Zusammenhalt, Krisenresilienz, Sicherheit, die unser freiheitliches Miteinander schützt. Das sind Säulen einer stabilen sozialen Demokratie.

Andere Aufgaben müssen wir kritisch prüfen, nicht um zu sparen um des Sparens willen, sondern um demokratisch getragene Staatlichkeit zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als SPD wollen wir Lösungen, die im Alltag funktionieren – für Bürgerinnen und Bürger, für Schulen und Kitas, für Polizei und Justiz, für unsere Verwaltungen im Land und in den Kommunen.

Die Reformprozesse der Staatsregierung werden dieses hohe Haus erreichen. Die SPD ist bereit für kluge, soziale und zukunftsfähige Entscheidungen für die Demokratie und für die Menschen in unserem Freistaat.

Vielen Dank.